

URL: http://www.welt.de/wams_print/article2939484/Der-Staat-soll-Banken-in-die-Insolvenz-gehen-lassen-Damit-stehen-Sie-ziemlich-allein-da.html

"Der Staat soll Banken in die Insolvenz gehen lassen" - "Damit stehen Sie ziemlich allein da"

Von Das Gespräch Führt Olaf Gersemann Und Viktoria Unterreiner 28. Dezember 2008, 02:22 Uhr

Vier Experten zu Gast bei der "Welt am Sonntag": Eine Debatte über Ordnungspolitik in der Finanzkrise, Konjunkturpakete gegen die Rezession und Jobgarantien für Beschäftigte

Die Berliner Koalition beklagt gerne, dass Experten in der Krise unterschiedliche Rezepte verschreiben. Beim Streitgespräch im Axel-Springer-Verlag in Berlin zeigte sich jedoch, dass die Differenzen gar nicht so groß sind.

Welt am Sonntag:

Welche Lehren ziehen Sie aus dem Jahr 2008?

Klaus Regling:

Dass Prognosen sehr schwierig sind und wir im Grunde nur wenig wissen.

Peter Bofinger:

Wir müssen das Verhältnis von Staat und Markt grundlegend neu überdenken. Zuletzt galt der Markt als das Gute schlechthin, und der Staat wurde immer als das Böse dargestellt. 2008 haben wir gelernt, dass Märkte eben doch selbstzerstörerische Tendenzen haben, wenn man sie ganz sich selber überlässt.

Michael Zürn:

2008 ist ganz deutlich geworden, dass auf internationaler Ebene Lösungen nicht mehr im Kontext der G7 erreicht werden können, sondern dass neue Spieler mit am Tisch sitzen müssen.

Stefan Homburg:

Das Jahr 2008 illustriert sehr schön die Unterscheidung zwischen Unsicherheit und Risiko. Das Risiko kann man berechnen und mit Wahrscheinlichkeiten versehen. Unsicherheit dagegen ist etwas Fundamentaleres. Hier passiert etwas, womit niemand gerechnet hat und wofür es auch keine Wahrscheinlichkeiten gibt. Diese Finanzmarktkrise gehört in das Kapitel Unsicherheit.

Kam die Krise überraschend?

Regling:

Ökonomen sind immer sehr gut darin, im Nachhinein zu erklären, was alles schiefgegangen ist. Allerdings hat es

tatsächlich Warnungen gegeben. Auch war klar, dass viele Länder eine zu lockere Geldpolitik betrieben haben.

Bofinger:

Zwar haben wir diese Gefahr gesehen, aber keiner von uns hätte sich diesen Flächenbrand ausmalen können.

Zürn:

Auslöser war der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers. Hätte die US-Regierung geahnt, welche Folgen das hat, hätte sie sicher anders gehandelt. Dahinter stecken aber jahrelange Ungleichgewichte im internationalen Handel mit enormen Überschüssen auf der einen und starker Verschuldung auf der anderen Seite. Dass dieser Zustand mit einer enorm hohen privaten Verschuldung insbesondere in den USA irgendwann unhaltbar würde, überrascht nicht.

Homburg:

Inwiefern der Staat oder Markt für das Versagen verantwortlich waren, wird man erst nach jahrelanger Analyse endgültig klären können. Herr Regling hat zu Recht die sehr laxen Geldpolitik angesprochen. Daher erstaunt es mich, dass wir im Moment genau den gleichen Fehler wieder machen und mit einer Politik des billigen Geldes bereits die nächste Krise aufbauen. Interessant ist auch, dass in Deutschland bislang hauptsächlich Staatsbanken in Schwierigkeiten geraten sind, allen voran die Landesbanken und die KfW.

Sehen Sie die Gefahr, dass sich der Staat jetzt über die Ordnungspolitik hinaus in die Wirtschaft einmischt?

Homburg:

Die Gefahr besteht. Eine Marktwirtschaft funktioniert nicht ohne Haftung. Das bedeutet, dass jeder Verantwortung für sein Handeln übernimmt. Daher befürworte ich es, wenn der Staat Banken in Insolvenz gehen lässt. Der Fall Lehman Brothers ist für mich ein Beispiel für eine geglückte Politik.

Bofinger:

Damit stehen Sie aber ziemlich alleine da.

Homburg:

Der Staat hat den Banken die Haftung und damit die Verantwortung für ihr Handeln abgenommen. Jetzt haben die Banken gesehen, dass sie mit ihrer riskanten Politik weiter hohe Gewinne machen können. Denn wenn es ernst wird, springt der Steuerzahler ein. Um das zu vermeiden, wird der Staat in den kommenden Jahren zusätzliche Regulierungen erlassen. Dadurch entsteht zwischen Staat und Banken ein Wettlauf wie zwischen Hase und Igel. Der Staat reguliert, die Banken versuchen, die Regulierung zu umgehen.

Regling:

Ganz so einfach ist es nicht. Haftung ist ein wichtiger Punkt. Aber es hat in den letzten 50 Jahren noch nie eine Situation gegeben, in der so viele Bankmanager ihren Job verloren haben.

Bofinger:

Auch die Aktionäre der Banken mussten teils gehörig bluten. Sie werden künftig hoffentlich auch genauer darauf schauen, was ihr Management unternimmt.

Zürn:

Schon richtig. Aber viele Entscheidungsträger lernen jetzt: Im Zweifel hilft der Staat. Zukünftige Regelungen sollten die Folgen von Risiken ex ante deutlich machen.

Was muss jetzt getan werden?

Regling:

Die Staaten müssen Regeln schaffen, die international funktionieren. Dafür brauchen wir eine Steuerungsgruppe. Das kann nicht mehr die G7 sein.

Bofinger:

Dialog ist aber die Voraussetzung für Koordinierung. Die G7 oder G8 sind ein überholtes Modell, und die G20 sind zu groß, um vernünftig miteinander zu reden. Besser wäre es, wenn sich die vier, fünf wichtigsten globalen Akteure treffen und gemeinsame Beschlüsse fassen. Und hier wäre es wichtig, dass China am Tisch sitzt.

Regling:

Allerdings muss man hier unterscheiden, um welches Thema es geht. So gibt es etwa bei Wechselkursfragen schon eine informelle G4-Gruppe zwischen China, Japan, den USA und dem Eurogebiet. Beim Klimaschutz muss man eben vielleicht wirklich die G20 haben.

Zürn:

Wir haben in der Tat zwei Aufgaben auf der internationalen Ebene: Zum einen die Schaffung von besseren Regeln der Überwachung und Transparenz von Finanzinstrumenten. Dabei gilt es, eine komplette Abkoppelung der Instrumente von der Realwirtschaft zu unterbinden. Ebenso wichtig ist eine Koordinierung der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik zur Verhinderung der Handelsungleichgewichte, die die letzten Jahre kennzeichneten.

Bofinger:

Momentan herrscht die Haltung vor, dass die USA die Ursache allen weltwirtschaftlichen Übels sind. Dabei liegt die Verantwortung auch bei den Überschussländern. Es kann nicht sein kann, dass alle Länder wie Deutschland viel Geld für ihre Exporte einsammeln, aber nur einen kleinen Teil davon wieder im Ausland ausgeben. Das deutsche Modell mit sehr hohen Leistungsbilanzüberschüssen war bislang nur tragbar, weil die Amerikaner, die Spanier und andere bereit waren, ihr Geld mit vollen Händen bei uns auszugeben.

Hat bei der Krise unsere Wirtschaftsordnung versagt?

Homburg:

Denken Sie nur an die Basel-Abkommen zur Eigenkapitalunterlegung der Banken oder an die umfassenden Berichtspflichten der Institute. All das hat jedoch nichts genutzt. Auch die Hypo Real Estate (HRE) hat alle erforderlichen Berichte an die Aufsichtsbehörden geschickt. Das Regelwerk ist schon sehr dicht in Deutschland.

Bofinger:

Andererseits sind gerade die Banken sehr geschickt darin, Vorschriften zu umgehen. So genial das Marktsystem an sich ist, es hat auch selbstzerstörerische Tendenzen, und die entstehen aus dem Kurzfristdenken der Akteure und auch einem gewissen Herdentrieb. Deshalb hat der Staat die Aufgabe, diese positiven Kräfte des Marktes in die richtige Richtung zu lenken.

Kann dieser Bereich überhaupt im Sinne aller reguliert werden?

Regling:

Diese Krise ist die schwerste seit 70 Jahren, und uns fehlen die entsprechenden Erfahrungen. Die Absichtserklärungen im G20-Kommuniqué von Mitte November gehen alle in die richtige Richtung. Der Staat muss die Lücken in der Aufsicht schließen und die richtigen Anreize setzen, etwa bei den Einkommen der Spitzenbanker.

Die Staatsfonds in Singapur zum Beispiel haben ein fast perfektes Gehaltssystem, bei dem der Bonus erst nach fünf oder sechs Jahren ausgezahlt wird. Dann erst ist nämlich klar, dass bestimmte Gewinnentwicklungen nicht durch Inkaufnahme übermäßiger Risiken erbracht worden sind.

Anders als europäische Nachbarn wie Frankreich oder Großbritannien tut sich die deutsche Regierung schwer damit, Konjunkturpakete aufzulegen. Zu Recht?

Regling:

Anders als einige meiner Kollegen hier habe ich mich in der Vergangenheit immer gegen haushaltspolitische Stimulierungen ausgesprochen. Aber wir haben es hier mit keiner Konjunkturdelle mehr zu tun, sondern der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Sie sind für ein umfassendes Konjunkturpaket?

Regling:

Ja, zum ersten Mal in meinem Berufsleben. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, muss man nach neuen Maßnahmen suchen. Auf die Exporte kann man in den kommenden zwei Jahren nicht hoffen, daher wird dieser Abschwung länger dauern als alle zuvor. Deshalb sind gerade auch Maßnahmen angemessen, die über einen gewissen Zeitraum wirken. Dazu gehören etwa öffentliche Investitionen.

Kommt es dabei auf Schnelligkeit oder auf Genauigkeit an?

Bofinger:

Im kommenden Jahr brauchen wir zunächst Maßnahmen, die schnell wirken. Dazu sollte die Regierung Konsumschecks verschicken und den Kommunen Geld für Investitionen geben. Mittelfristig muss der Staat die Binnennachfrage fördern. Dafür sollte er die Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur ausweiten. Dafür könnten wir mehrere Jahre lang gut ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgeben, finanziert über Anleihen.

Regling:

Da muss ich Einspruch erheben. Beim Krisenmanagement sind außergewöhnliche Maßnahmen unabdingbar. Aber auf Dauer wesentliche höhere Defizite zuzulassen, lehne ich strikt ab.

Homburg:

Höhere Bildungsausgaben sind zwar generell wünschenswert. Aber nur wenn bei den Ausgaben an anderer Stelle entsprechend gekürzt wird. Und wenn jetzt Arbeitsplätze in der Auto-, Chemie- und Elektroindustrie wegfallen, ist es nicht sinnvoll, künftige Generationen mit Schulden zu belasten, indem man Programme vor allem im Baubereich finanziert.

Zürn:

Was wäre denn Ihre Alternative? Gar nichts machen?

Homburg:

Dann wäre es eine normale Katharsis. Ich finde eine Rezession nicht so schlimm und jedenfalls besser als die nun gesetzten Fehlanreize.

Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen, dass wir in der Autoindustrie langfristig Arbeitsplätze abbauen müssen. Dagegen kann man nichts machen.

Bofinger:

Das ist undynamisch gedacht. Wir könnten ja mehr von unseren Autos selber nachfragen.

Homburg:

Wir haben eine Überkapazität weltweit im Autobau.

Bofinger:

Es geht hier aber immer um die Grundidee. Wir haben in Deutschland die einzigartige Situation, dass bei uns die Binnennachfrage seit neun Jahren stagniert. Gleichzeitig sind die Exporte real etwa um 70 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass wir von den vielen Gütern, die wir zusätzlich produziert haben, nichts haben. Kein Wunder, wenn die Reallöhne neun Jahre lang nicht steigen.

Homburg:

Die Reallöhne sind nicht gestiegen, weil sie vorher zu stark gestiegen waren und die Wettbewerbsfähigkeit gelitten hat.

Bofinger:

Darüber kann man sich streiten. Im Übrigen: Wenn der Staat Zukunftsinvestitionen tätigt und entsprechende Renditen erzielt, dann steigen langfristig die Steuereinnahmen. Mit denen kann ich leicht die Zinsen bezahlen, die heute für den Staat anfallen.

Regling:

Aber erst nach 30 Jahren. So lange haben Sie höhere Defizite.

Bofinger:

Wir reden hier ja auch von langfristigen Investitionen in die Zukunft.

Kanzlerin Angela Merkel will von den Dax-Chefs die Zusage einholen, dass sie trotz der Krise auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten.

Homburg:

So ein Versprechen kann die Wirtschaft gar nicht abgeben. Eine Marktwirtschaft ist eine dynamische Veranstaltung. Genauso gut könnte jetzt irgendwann der Vorschlag kommen, dass der Staat gleich selber die Autos kauft.

Bofinger:

Das fordere ja noch nicht einmal ich.

Zürn:

So ein Versprechen würde die Aufgabe des marktwirtschaftlichen Prinzips bedeuten. Zumal der Großteil des Personalaufbaus ohnehin im Mittelstand erfolgt.

Dann halten Sie nichts von so einer Beschäftigungsgarantie?

Homburg:

Also zum Teil bedarf es eines solchen Aufrufs nicht. Denn die Unternehmen haben schon in den 90er-Jahren ihre Lektion gelernt. Sie haben damals Fachkräfte entlassen und hatten dann Schwierigkeiten, zum Beispiel Ingenieure wieder zu bekommen. Wenn sie erwarten, dass die Krise nur von kurzer Dauer ist, werden sie versuchen durchzuhalten. Aber wenn die Krise von längerer Dauer ist, dann schaffen sie es nicht.

Regling:

Es ist typisch deutsch, immer darauf zu schauen, wo Arbeitsplätze abgebaut werden. Andere Länder schauen viel mehr darauf, wo Jobs neu geschaffen werden.

Bofinger:

Das Wichtigste ist, dass Unternehmen nicht im nächsten Jahr einen Lohnsenkungswettlauf in Deutschland machen. Dann sehe ich das große Risiko, dass wir in eine Deflation schliddern, also einen Rückgang des Preisniveaus erleben. Und das wäre etwas, was wirklich problematisch ist. Das ist wie eine chronische Krankheit, die man schwer wieder los wird.

Homburg:

Eine Deflationsgefahr sehe ich nicht. Diese Gefahren wurden schon am Anfang des Jahrzehnts an die Wand gemalt für die USA und auch Europa. Und dann hat die Geldpolitik überreagiert, vor allem in Amerika.

Bofinger:

Wir sprechen uns in einem Jahr.

Apropos: Werden wir in zwölf Monaten mit einer besseren Stimmung ins neue Jahr gehen als jetzt?

Regling:

Wann der Wendepunkt kommt, traue ich mich nicht vorherzusagen. Und selbst wenn wir in einem Jahr tatsächlich Licht am Ende des Tunnels sehen, befände sich die Wirtschaft insgesamt an einem Punkt, wo die Arbeitslosigkeit gerade massiv steigt.

Bofinger:

Ich hoffe nicht, dass wir Ende kommenden Jahres wieder da sitzen und sagen müssen, niemand hätte gedacht, dass es 2009 so schlimm kommt, wie es gekommen ist. Allerdings glaube ich das auch nicht. Die Notenbanken und die meisten Regierungen sind sehr stark bemüht gegenzusteuern. Dass der Ölpreis jetzt wieder sehr rasch nach unten gegangen ist, das ist schon ein gigantisches Konjunkturprogramm für Europa und die USA. Hier zeigt der Marktmechanismus seine Selbstheilungstendenz, die er ja auch hat. Deshalb glaube ich, dass wir Ende kommenden Jahres schon vielleicht die ersten Lichtstreifen am Horizont wieder sehen.

Zürn:

An die Lichtstreifen glaube ich auch. Aber wir werden mindestens so deprimiert sein wie jetzt, weil wir dann erst realisieren werden, wie groß die Krise wirklich ist.

Homburg:

Vor einem Jahr haben wir über den hohen Ölpreis, teure Rohstoffe, hohe Zinsen und den starken Euro geklagt. Das ist alles im Grunde weggefallen. Ich könnte mir vorstellen, dass alles überhaupt nicht so schlimm kommt.
